

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtlich. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Knieß.
Druck und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Rh.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 8-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Hg. Die 91 mm breite Reklamezeile 2.10 M.
Abonn. wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigenannahme bis 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 242

Limburg, Dienstag, den 19. Oktober 1920.

83. Jahrgang

Die Wiedergutmachungsfrage.

England verlangt die Ausschaltung der Wiedergutmachungskommission.

Paris, 18. Okt. Der „Evening Standard“ teilt mit, Lord George nicht geneigt wäre, der Wiedergutmachungskommission eine Rolle bei der Lösung der Entschädigungsfrage zuzugestehen. Nach einer Mitteilung des „Journal“ ist gestern Abend eine Note der englischen Regierung in Paris eingetroffen, in der England ausführt, daß die in Spaa getroffene Entscheidung die vollkommene Ausschaltung der Wiedergutmachungskommission zur Folge haben müsse. Die englische Regierung wäre bereit, eine Beratung zwischen den französischen Sachverständigen zuzugehen, um die Regelung der Entschädigungsfrage zu beschleunigen. Aber sie ist der Ansicht, daß ihre Auslegung der Abmachungen von Spaa verbindend betrachtet werden müsse. Das „Journal“ fügt hinzu, die Note sei in sehr herzlichem Ton gehalten, aber die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England beständen in noch größerem Maße als bisher. Die Verhandlungen zwischen dem französischen Geschäftsträger in London, Gieniot und Lord Curzon, dauern noch fort. Lord George soll bereit sein, eine neue Konferenz der Ministerpräsidenten vorzubereiten, an der nicht nur die Vertreter der alliierten Länder, sondern auch diejenigen Deutschlands, Österreichs und Bulgariens teilnehmen werden.

Die Genfer Konferenz gesichert.

London, 17. Okt. (W.B.) Die französische, englische und belgische Regierung sind einmütig der Meinung, daß es wünschenswert sei, in Genf eine Konferenz abzuhalten, um sich mit den deutschen Delegierten über die Entschädigungsfrage zu beraten. Die drei Regierungen sind mit Beratungen beschäftigt, die bezwecken sollen, den genauen Charakter und die Obliegenheiten einer Vorkonferenz von Sachverständigen festzulegen, deren Notwendigkeit anerkannt wurde.

Wahnwitzige Viehforderungen der Entente.

Berlin, 17. Okt. Die neuen Forderungen der Entente auf Lieferung von deutschem Vieh setzen sich wie folgt zusammen: An Frankreich sollen wir sofort liefern: 10 000 Stiere, 500 000 Kühe, an Italien 11 150 Stiere, 10 000 Kühe, an Serbien 5000 Zuchtbullen, 52 000 Zugochsen und 100 000 Kühe. Insgesamt betragen danach die Anforderungen 11 550 Stiere, 10 000 Kühe, 5000 Zuchtbullen, 52 000 Zugochsen und 810 000 Milchkühe. Wenn diese Lieferungen durchgeführt würden, so würde allein auf dem Gebiet der Viehzucht einen Ausfall von 6-7 Millionen Liter Milch bedeuten. Deutschland hat bereits Protest gegen diese Forderung bei der Wiedergutmachungskommission erhoben.

Berlin, 17. Okt. Zu der Meldung, die Entente habe neuerdings die Forderung von 810 000 Milchkühen an Deutschland gestellt, wird an zuständiger Stelle erklärt: Bekanntlich müssen nach den Bestimmungen des Friedensvertrages (Anlage IV § 2 zu Artikel 244) u. a. die Tiere, die Deutschland infolge von Kriegshandlungen gebraucht oder vernichtet hat, auf Verlangen der Ententemächte durch Tiere gleicher Art ersetzt werden. Im Mai 1920 wurde in Gemäßheit des Friedensvertrages die Liste mit der Aufstellung der geforderten Tiere überreicht. Die Zahl der in dieser Liste angegebenen Milchkühe erreicht in der Tat ungefähr die Höhe von 800 000 Stück. Die von deutscher Seite erhobenen Vorstellungen hat die Entente unberücksichtigt gelassen. Nunmehr hat die Wiedergutmachungskommission von neuem an die Reichsregierung herangetreten. Wie gemeldet wird, wird jetzt im Wiederaufbauministerium eine Denkschrift ausgearbeitet, in der die Unmöglichkeit nachgewiesen wird, weitgehende Forderungen auf Vieh zu erfüllen.

Die Raubpolitik im besetzten Gebiet.

Berlin, 17. Okt. (W.B.) Das Savasbureau veröffentlicht aus Mainz eine Entgegnung auf unsere neulichen Äußerungen zur Frage der Besatzungskosten. Es muß dabei angegeben, daß der französische Finanzminister als Höhe der französischen Besatzungskosten in den Rheinlanden bis 31. Juli 18 Milliarden Franken angegeben hat. Ferner vermag Savas nicht zu bestreiten, daß der Bau eines Munitionsdepots in Kaiserslautern beabsichtigt gewesen ist, dessen Anlage tatsächlich 110 Millionen Mark gekostet haben würde, wenn der deutsche Einspruch erfolgt wäre. Bezüglich der Kosten des Benzinreservoirs in Kaiserslautern wiederholt Savas die alte, von uns bereits widerlegte Behauptung, daß der Bauanschlag nur 1 1/2 Millionen Mark ergeben habe. Nach den hier bekannten Plänen handelte es sich tatsächlich um 40 Millionen. Bezüglich der Flugplätze entschuldigt sich Savas damit, daß in allen Fällen, in denen dies möglich sei, die Landeplätze für Flugplätze, für die Bebauung mit Futterpflanzen weiter belassen werden und als Weideplätze dienen können. Damit ist die Tatsache nicht entkräftet, daß trotz der Lebensmittellage in Deutschland von den alliierten Ackerland vertrieben wird. Der Behauptung von Savas, daß der Sold der französischen Truppen so niedrig wie möglich gehalten wird, steht die Feststellung der „Daily News“ vom 8. Oktober entgegen, daß das Einkommen eines einfachen Soldaten der alliierten Kommission dieselbe Höhe erreicht wie das des deutschen Reichswehrministers.

Der Sturm auf den Reichsernährungsminister.

Berlin, 16. Okt. (W.B.) Amtlich. Gegen den Reichsminister Hermes wurden in der Öffentlichkeit Angriffe sachlicher und persönlicher Art erhoben. Soweit die Angriffe sich auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik bewegen, wird Gelegenheit sein, bei den Verhandlungen des Reichstages die erforderliche Rärung herbeizuführen. Soweit es sich um Vorwürfe handelt, die gegen die Person des Reichsministers gerichtet sind und Maßnahmen seiner Geschäftsführung in Zweifel zu ziehen suchen, hat der Reichslanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Reichsministers Hermes im Einvernehmen mit dem Kabinett den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister beauftragt, die Sach- und Rechtslage festzustellen.

Dom sozialdemokratischen Parteitag.

Dr. Adolf Braun referierte am 16. Oktober über das Parteiprogramm. Wir brauchen ein neues Programm, das Erforderer genügt nicht mehr, wir können uns im Programm nicht mehr auf einzelne Grundsätze beschränken; wir müssen das Programm erläutern durch eine Reihe Spezialprogramme, ein Frauenprogramm, ein Schulprogramm, ein Arbeiterprogramm, ein Kommunalprogramm usw. Eine rein sozialistische Regierung werden wir auf absehbare Zeit nicht haben können, sondern Koalitionsregierungen, in denen wir aber möglichst viel von unserem Programm durchsetzen müssen. Für das Agrarprogramm haben wir bereits neue Richtlinien aufgestellt, für die Industriearbeiterschaft können wir mit Hilfe der Gewerkschaften Richtlinien bis zum nächsten Parteitag aufstellen. Die speziellen Programme müssen sich eng an unsere Prinzipien anschließen. Auch die Demokratisierung des Volkswirtschafts müssen wir in unserem Programm festlegen.

Ueber die Richtlinien der Agrarpolitik referierte Georg Schmidt (Epenich). Er empfiehlt die Sozialisierung des landwirtschaftlichen Betriebes. Der Betriebsbesitzer muss den einzelnen verkauften die Lebensmittel. Die Frage der Verteilung von Großgrundbesitz, mittlerem und kleinem Besitz sei noch nicht entschieden. Auch nicht von den Wissenschaften. Sie müsse nach Bodenbeschaffenheit und Klima beurteilt werden. Nach sozialistischen Prinzipien dürfe nicht mehr gewirtschaftet werden. Der Großbetrieb soll nicht durchaus zerlegt werden. Die Betriebsgröße müsse sich nach den gegebenen Vorbedingungen richten. Reich, Staat und Gemeinde müssen ferner alles tun, was die Produktivität und Intensivierung des Betriebes steigern könne. Die Düngemittel müssen sozialisiert werden. Landwirte, die ihren Boden nicht bearbeiten, unwirtschaftlich verwerten oder Raubbau treiben, müssen auf Grund eines Enteignungsgesetzes vom Produktionsprozess ausgeschlossen werden.

Die von Georg Schmidt entwickelten Richtlinien über die Agrarpolitik werden angenommen. Ferner werden folgende im Referat von Wels aufgestellte Punkte als Aktionsprogramm der Partei für die auswärtige Politik angenommen:

1. Die Revision des Versailler Friedens nach sozialistischen Gesichtspunkten, wie sie von der zweiten Internationale festgelegt wurden.
2. Die sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Wiedergutmachung in Gestalt des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, möglichst durch Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen beider Länder.
3. Schaffung eines internationalen proletarischen Aktionsausschusses für die auswärtige Politik der Arbeiterklasse durch die zweite Internationale.
4. Sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Ueber die Wohnungsfrage spricht als erster Referent Paul Hirsch, der frühere preussische Ministerpräsident: Die Hauptursache der Wohnungsnot ist die Spekulation in Grund und Boden. Dazu sind jetzt noch die ungeheuer gestiegenen Vorkosten gekommen. Dafür die Löhne der Bauarbeiter verantwortlich zu machen, ist falsch. Das geeignetste Mittel dagegen finde man in der Vergesellschaftung. Die Bauverordnungen sei Schuld an dem hohen Mietzins. Falls sei es, die Schuld auf die hohen Löhne zu schieben. Die Materialien seien um mehr als das Fünffache gestiegen. Hirsch gibt dann weiter drastische Zahlen über den Stand der Baumaterialienpreise. Zement habe in Friedenszeiten 4 Mark gekostet, jetzt 40 Mark. Holz der Kubikmeter 40 Mark in Friedenszeiten, gegen 1500 Mark von heute; auch werde vielfacher Wucher mit Baumaterialien getrieben. Schon vor dem Kriege hatte sich eine abnehmende Tätigkeit im Baugewerbe bemerkbar gemacht. Man habe sich heute mit Zuschüssen behelfen. So seien 1919 1300 Millionen ausgegeben worden. Damit hätte man 70 000 Wohnungen herstellen können, während man jährlich 200 000 neue Wohnungen brauche. Jetzt gebe die Regierung Baudarlehen für landwirtschaftliche und Bergwerkswohnungen. Der Reichsrat habe berechnet, daß man mit 500 Millionen Mark 50 000 Wohnungen herstellen kann. Diese Rechnung stimme nicht mehr. Der Zuschuß betrage 180 Mark für den Quadratmeter. Die Kosten stellen sich aber auf 850 Mark. Der Kernpunkt sei die Deckungsfrage. Nach dem Vorschlage, den die Regierung jetzt einbringen wolle, solle eine Mietsteuer erhoben werden zur Förderung des Wohnungsbaues. Vom Nutzungswert der Wohnungen solle 15 Prozent jährlich der Staat bekommen. Die Gemeinden hätten das Recht, wiederum 15 Prozent zu erheben, welche dann wieder vom Vermieter an die Mieter abgewälzt werden könnten. Hirsch wendet sich gegen die Vorlage, weil die neuen Wohnungen wieder Privatkapitalisten gehören würden. Die Lösung sei wiederum nur in der Vergesellschaftung zu suchen. Wir hätten jährlich 150 000 neue Wohnungen nötig. Die Kosten für jede Vierzimmerwohnung belägen sich auf 80 000 Mark, das sei gleich

12 Milliarden Mark. Hirsch ist gegen den Geheulwurf, der sich ein soziales Mäntelchen umhängen luche. Die Besteuerung sei nicht als eine Steuer des Mehrwertes, sondern als eine hohe Ertragssteuer anzusehen. Sie sei unsozial, weil sie die schwachen Familien treffe, insbesondere die mit vielen Kindern.

Die U. S. P. nach dem Anschluß an die Sowjets.

Halle, 16. Okt. (W.B.) Auf dem Parteitage der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erklärte Crispian, daß derjenige Teil des Parteitages, der die 21. von der dritten kommunistischen Internationale vorgeschlagenen Bedingungen angenommen habe, verpflichtet sei, sich kommunistische Partei, Sektion Deutschland der dritten Internationale, zu nennen. Das bedeute den Eintritt in eine andere Partei, der nach dem Beschluß des Zentralverbandes nicht zulässig sei. Demgegenüber erklärte Däumig, daß ein solcher Beschluß des Zentralverbandes nicht vorliege und daß der Parteitag der U. S. P. D. nach wie vor zu Recht bestehe. Däumig verlas sodann eine Erklärung Sinowjews, worin dieser als Vertreter und Vorsitzender der Exekutive der kommunistischen Internationale zum Ausdruck bringt, daß die Exekutive keineswegs den Uebertritt zur K. P. D. (Spartakusbund) fordere. Die Exekutive gebe der Hoffnung Ausdruck, daß sich jetzt eine einzige Partei aus der U. S. P. D., der K. P. D. und allen wirtschaftsrevolutionären Elementen des deutschen Proletariats bilde. Hierauf hieß Sinowjew die Versammlung namens der dritten Internationale willkommen. Er schlug vor, Vertreter in die dritte Internationale zu entsenden, damit man zur allgemeinen Arbeit schreiten könne.

Die Sowjetvertreter ausgewiesen.

Berlin, 17. Oktober. (W.B.) Auf Ersuchen der Reichsregierung verfügte der preussische Minister des Innern die Ausweisung von Sosowsky und Sinowjew.

Die Spaltung der U. S. P. im Lichte der Presse.

Berlin, 1. Okt. (W.B.) Das Organ der bisherigen U. S. P., die „Freiheit“, findet, daß der Bolschewismus gestern in Halle einen schwarzen Tag erlebt habe. Es zeigte sich, daß seine Vorstellungswelt unterliegen müsse, wenn sie mit den großen Gedanken des Sozialismus zusammenstöße.

Der „Vorwärts“ nennt die Spaltung der U. S. P. ein politisches Ereignis von allergrößter Tragweite. Für die Arbeiterbewegung als Ganzes erhofft das Blatt aus dem Verfall der U. S. P. den Beginn des Gesundungsprozesses.

Die „Berliner Volkszeitung“ sagt: Die bolschewistischen Usurpatoren haben es eilig, wer weiß, ob sie den Winter überleben werden. Eine traurigere Rolle hätten in der deutschen Arbeiterbewegung noch niemals Führer gespielt als Hoffmann und Däumig.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die Mitglieder dieser Partei der internationalen Solidarität beschimpften sich schließlich als Räuber und Mörder. Ihre Partei zerfiel in der Internationale mit ausgeprägtem russischen Nationalismus.

Die „Vollstättige Zeitung“ nennt die Vorgänge in Halle erst den Anfang. Jetzt komme die Hauptphase, der Streit um die Mitgliedschaften, um die Massenbestände, vielleicht gar um die Firma.

Der „Börse-Kurier“ nennt den 16. Oktober einen für die deutsche Gesamtheit geschickslichen Tag. An ihm vollzog sich für alle absehbare Zeit die Scheidung zwischen der deutschen Entwicklungspartei und der internationalen Kampfpartei des Sozialismus.

Hilfe für unsere letzten Kriegsgefangenen

Berlin, 16. Okt. (W.B.) Die bisher für die Kriegsgefangenen in Sowjetrußland und Sibirien durch die Heimatstaaten unterhaltenen Fürsorgeorganisationen haben sich mit den in der ganzen Welt sich regenden privaten Hilfsbestrebungen zu der Zentralorganisation Ransenhilfe zusammengeschlossen. Die Ransenhilfe, die von der Sowjetregierung nunmehr als einzige Organisation zur Hilfeleistung für die Kriegs- und Zivilgefangenen in Rußland zugelassen ist, erstreckt ihre Fürsorge auf alle Kriegs- und Zivilgefangenen, gleichviel, in welchen Ländern sie sich befinden. Professor Fiedhof Ransen, der im Auftrag des Völkerverbundes für die Heimkehrförderung der Kriegsgefangenen sich durch Beschaffung des erforderlichen Schiffsraums unvergängliche Verdienste erworben hat, steht, unterstützt von dem Internationalen Roten Kreuz in Genf, an der Spitze dieser Zentralorganisation. Die erste Sendung der Ransenhilfe läßt am 18. Oktober der Dampfer „Casella“ in Stettin. Sie besteht aus 11 000 Paar Stiefeln, 10 000 Stüd Winterkleidungsmitteln, 3000 vollständigen Ausstattungen sowie für drei Millionen Mark Arzneimitteln der deutschen Regierung. Der Gesamtwert dieser ersten Sendung in Höhe von mehr als 10 Millionen Mark wird von den Vertretern der Ransenhilfe und deren Moskauer Zentralorganisation den Gefangenen zugeleitet werden. Die Abfertigung des nächsten Transportes wird voraussichtlich am 2. November ab Stettin erfolgen. Entgegen den gerade in der letzten Zeit laut gewordenen Befürchtungen, daß noch ein großer Teil der in Sibirien befindlichen Gefangenen auf diesen Winter über dort verbleiben muß, wird festgestellt, daß der Abtransport aus Sibirien in vollem Gange ist. Die russische Regierung arbeitet mit aller Anstrengung an der Durchführung des Heimtransportes.

Die serbischen Truppen in Kärnten.

Belgrad, 16. Okt. (WZ.) Zu der Entsendung zweier südslawischer Bataillone in die Volksabstimmungszone von Kärnten hat die serbische Regierung der internationalen Volksabstimmungskommission mitgeteilt, sie habe diese Maßnahme getroffen, um der südslawischen Verwaltung zu Hilfe zu kommen in dem Augenblick, wo sie ihren Dienst in der Volksabstimmungszone einstellt. Durch die Entsendung der Truppen soll die Sicherheit der Bewohner gewährleistet werden, die aus ihrer Zuneigung zu Südslawien kein Geheimnis gemacht haben. Trotz dieser Erklärung hat die internationale Kommission auf der Zurückziehung der beiden Bataillone bestanden.

Die Botschafterkonferenz verlangt Zurückziehung der Truppen.

Paris, 17. Okt. (WZ.) Die Botschafterkonferenz beschloß die Belgrader Regierung aufzufordern, die in Kärnten eingedrungenen südslawischen Bataillone sofort zurückzuziehen.

Beginn des Bergarbeiterstreiks in England.

London, 16. Okt. (WZ.) Havas. In mehreren Kohlenbergwerken hat der Streik der Grubenarbeiter begonnen. Man erwartet die vollständige Einstellung der Arbeit gegen Abend. Die Regierung wie auch die Grubenarbeiter unternehmen keinerlei Versuche, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

London, 16. Okt. (WZ.) Die Zahl der am Streik beteiligten Bergleute übersteigt eine Million. Schon deuten zahlreiche Anzeichen darauf hin, daß die zwangsweise Fokierung nach vielen Tausenden zählen werden. So meldet man, daß allein in dem Distrikt Teeside 21 000 Metallarbeiter wegen der Schließung der großen metallurgischen Betriebe ohne Arbeit sind.

Die Krankheit des griechischen Königs.

Athen, 16. Okt. (WZ.) Der zur Untersuchung des Königs herbeigerufene Professor Vidal sprach sich in Uebereinstimmung mit seinem Kollegen dahin aus, daß trotz der durch den Bischof entstandenen Vergiftung des Königs die Behandlung des Kranken mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden kann, dank der kräftigen Konstitution des Königs.

Athen, 17. Okt. (WZ.) Der Zustand des Königs ist hoffnungslos. Der Ministerrat wurde gestern zu einer dringlichen Sitzung zusammenberufen.

Japan raubt Sachalin.

London, 17. Okt. (WZ.) Wie ein Radiotelegramm aus Moskau meldet, bemächtigte sich Japan der Insel Sachalin.

Polnischer Kampfbericht.

Warschau, 16. Oktober. (WZ.) Der polnische Generalstabsbericht vom 15. Oktober lautet: Nordöstlich von Wilejka streifte unsere Reiterei während des Vormarsches in der Richtung auf Arzysowice 6 Sowjetdivisionen, erbeutete 3 Geschütze, 17 Maschinengewehre, 18 Feldläden und Trainmaterial. Unter den einigen Hundert Gefangenen, die in unsere Hände fielen, befanden sich auch einige Regimentkommandanten. Somit sind keine bedeutenden Änderungen zu melden.

Die Höchstpreise in der Geschichte.

Von Dr. Ernst Stern, Berlin.

Jedesmal, wenn wir den Mängeln und Schwierigkeiten unserer Höchstpreispolitik Gerechtigkeit widerfahren lassen wollen, weisen wir darauf hin, daß die verantwortlichen Stellen vor eine ganz neue, eigenartige Aufgabe gestellt wurden, für die sie weder geschult waren, noch Vorbilder kannten. Das ist insoweit richtig, als das allen staatlichen Eingriffen abholde 19. Jahrhundert die Preisregulierungen früherer Epochen, die zu jenen Zeiten von mindestens ebenso hervorragender Bedeutung waren, wie ein Partierfeldzug oder eine Kaiserfahrt gen Rom, einer Beachtung nicht gewürdigt hat. Es dürfte kaum etwas anderes geeigneter sein, über die jeweils herrschenden Staatsideen Auskunft zu geben, als gerade sie. Interessant ist es zu sehen, daß sie meist als Notstandsmaßnahmen entstanden sind, also ebenfalls improvisiert

waren. Das hinderte nicht, daß man mit dauerndem, „zwingem“ Bestande rechnete, da sie als Ausfluß der Gerechtigkeit und „natürlicher“ Gesetze galten. Ihre Herrschaft währte aber stets nur solange, als auch eine akute Not vorhanden war.

Im alten Rom, namentlich dem der Kaiserzeit, hatte allmählich die Idee des Wohlfahrtsstaates eine sehr starke Ausprägung erfahren. Preuß (Kaiser Diocletian und seine Zeit, Leipzig 1869) spricht gelegentlich vom „aufgeklärten Despotismus“. Aus jener Zeit ist uns eine höchst interessante, in ihrer systematischen Vollständigkeit heute wieder mustergültige Höchstpreisverordnung überliefert worden: Diocletians edictum de pretiis rerum venalium aus dem Jahre 301 nach Chr. (Herausgegeben von Th. Mommsen, Leipzig 1851.) Um die Wende des 3. Jahrhunderts setzten aus Ursachen, die seinerzeit nicht erkannt wurden, beständige, allmählich zu unerhörten Höhen anschwellende Preissteigerungen ein. In der Hauptsache waren sie veranlaßt durch die Entwertung des Lauchmittels im Verfolg von Diocletians Münzreform, durch Währungs- und zum großen Teil lediglich durch eine panikähnliche Angst als Folge der Ungewißheit über die Entstehung, Ausdehnung und mögliche Entwicklung der Teuerung. Die Preise waren auf etwa das Vier- bis Achtfache derjenigen des letzten Jahrhunderts gestiegen. Daß die „lauffähige Spekulation“ zu der Wahlosgkeit der Forderungen wesentlich beigetragen habe, dürfte schwerlich richtig sein, wenn wir berücksichtigen, daß Waren und selbst Dienstleistungen jeglicher Art von ihr betroffen waren, die nur zu sehr geringem Teil Objekte des damaligen „Handels“ gewesen waren. Daß die Soldaten von den Krämer- und Hausierern weidlich ausgebeutet worden waren, mag schon eher stimmen. Dabei ist zu beachten, daß das Soldatentum damals für die Staatsverwaltung etwa eine ähnliche Bedeutung hatte, wie heute (1916) die Arbeiterkraft. Die Gründe, die Diocletian bewogen, deren Ausbeutung mit allem Nachdruck zu unterbinden, mögen denjenigen unserer Zeit nicht unähnlich gewesen sein. Die offizielle Begründung spricht in großtönenden Worten von der Habgucht und Profligator der Verkäufer der Notwendigkeit des Schutzes der wirtschaftlich Schwachen, einer zeitlichen und räumlichen Beschränkung der Not.

Die Preise selbst interessieren weniger. Denn einerseits ist die Münzeinheit nicht mit genügender Genauigkeit festzulegen, andererseits weicht die Rangfolge der Wertungen, stellen, andererseits weicht die Rangfolge der Wertungen der einzelnen Waren und Leistungen in jener Zeit von unserer heutigen viel zu sehr ab. Höchst bedeutungsvoll ist dagegen, wie bereits eingangs erwähnt, die ungleiche Mannigfaltigkeit und Reichhaltigkeit der Preisliste. Sie umfaßt nicht nur Lebensmittel und die sogenannten Gegenstände des täglichen Bedarfs, sondern alles, was damals gegen Geld getauscht wurde. Sie betrifft zu gleicher Zeit Rohstoffe, Halb- und Ganzprodukte, Hilfs- und Ersatzstoffe, Produktionsmittel, Löhne und Vergütungen aller Art, soweit sie in Geld geleistet wurden. Aufgeführt sind — soweit bekannt — nicht weniger als 628 Positionen unter anderem 19 Weinorten, 12 Getreidearten, 76 Lohnkategorien und u. a. Vergessen wir dabei nicht, daß der damalige Lauchverehr gegen Geld mit unserem heutigen in bezug auf Ausdehnung kaum verglichen werden kann. Und doch diese Reichhaltigkeit! Ganz modern mutet es an, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Verordnung für das ganze Reich gelte, damit nicht Waren aus Gegenden niederen Preisstandes in solche höheren überführt würden, und den Kaufleuten klar gemacht wird, daß sie also keine Vorteile aus derartigen Machenschaften zu erwarten hätten.

Mommsen ist allerdings der Meinung, daß das Edikt nur in dem Diocletians' spezieller Verwaltung unterstellten Landes- teile Geltung besessen habe. Sein Kommentar dazu lautet (1851): „In der Tat konnte auch weder der derbe Maximian, noch der staatskluge Konstantin an solchem theoretischen Schwundel Gefallen finden. — Es versteht sich von selbst, daß das Gesetz keinen Bestand haben konnte und spätestens mit Diocletians' Thronstufung (305), vielleicht schon früher, beseitigt ward. — Nach ihm hat Julian für Antiocheni noch einmal ein ähnliches Edikt erlassen, aber auch dieser Versuch scheiterte nicht minder schnell und vollständig, indem nicht bloß, was bisher teuer gewesen war, nicht wohlfeil, sondern vielmehr, was bisher wohlfeil gewesen, teuer ward und alle Läden sich schlossen. Da ließ der Kaiser den Dingen ihren Lauf und schrieb eine Satire gegen die Unvernunft seiner Untertanen.“

Die Normierungen sollten, wie ausdrücklich bemerkt wurde nicht allgemein gültig, sondern höchste Preise sein, die nur in Ausnahmefällen verlangt, nie überschritten werden durften. Die drakonische Strafe, die auf die Übertretung des Edikts gesetzt war, die Todesstrafe, mag ein Zeugnis dafür sein, mit

welch beständigem Widerstand gegen diese Festlegung gekämpft wurde. Allerdings kann angenommen werden, daß die Höchstpreise so sehr über dem Marktpreise standen — soweit davon gesprochen werden kann und wir darüber wissen —, daß als oberste Grenze gelten konnten. Womöglich geht ebenfalls davon aus, kann sich's aber nicht verjagen, dazu zu bemerken. „So schwierig es auch sein mag, die Grenze gouv. Interventionen zu bestimmen, so ist es doch fast unglaublich, wie eine Regierung, welche der Teuerung durch einen Maximaltarif Schranken setzen will, dazu Preise wählt, die noch unter den gewöhnlichen Marktpreisen bleiben.“

Trotz dem Edikt Teilverordnungen, die nicht die gewöhnliche Wirkung hatten, vorangegangen waren, scheint nach dem Ediktungs- und Begründungstext nicht wahrscheinlich, daß es verblüffender ist die Vollständigkeit und Grobzügigkeit der Anlage. Sicherlich hatte man seinerzeit gewußt, daß einerseits die Versuchung zur Ueberschreitung, andererseits die Möglichkeit der Umgehung nur äußerst gering sein dürfte, wenn ein öffentliches Eingreifen überhaupt sich „Beachtung“ verschaffen soll.“ (Deutsche Worte.)

Lokaal und vermischter Teil.

Limburg, den 19. Oktober 1921.

Die Handwerkskammer Wiesbaden teilte uns folgendes mit. Infolge der durch den Krieg eingetretenen besonderen Verhältnisse sind in 1915 die Vorschriften über die Höchstzahl von Lehrlingen gemildert bez. aufgehoben worden. Die Boraussetzungen hierfür sind inzwischen fortgefallen. Deshalb treten die Vorschriften mit dem 1. April 1921 wieder voll in Kraft. Es wird schon jetzt bekannt gemacht, damit die Lehrherren sich rechtzeitig darauf einrichten können.

Die Handwerkskammer Wiesbaden schreibt: Metzgerhandwerk und Meisterprüfung. Das Reichsgesetzblatt Nr. 194 veröffentlicht eine Verordnung der Reichsregierung vom 19. September über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft. Diese Verordnung enthält in § 14 folgende Bestimmung: „Wer geweremäßig Fleisch im Kleinhandel verkauft, bedarf des Erlaubnis der von den Landes-Zentralbehörden bestimmten Behörden, sofern er nicht die Befugnis zur Führung der Meisterprüfung besitzt.“ Die Befugnis zur Führung der Meisterprüfung wird in der Regel durch die Ablegung der Meisterprüfung erworben. Indem wir die selbständigen Meister des Kammerbezirks auf diese Bestimmung hinweisen, empfehlen wir dringend die Ablegung der Meisterprüfung, soweit es nicht bereits abgelegt ist. Die Anmeldung zur Meisterprüfung hat bei den Vorstehenden der zuständigen Meisterprüfungs-Kommissionen zu erfolgen, kann indessen auch an die Handwerkskammer eingereicht werden.

Erfahrung der Kirchenglocken. Zum Ertrag der während des Krieges beschlagnahmten Kirchenglocken ist ein Glodenbeschaffungsverband unter Beteiligung der oberen Kirchenbehörden in Bildung begriffen. In Voransicht dieser Gründung sind bereits Fragebogen an die Kirchengemeinden versandt worden. Der preussische Unterrichtsminister hat die Regierungen ermächtigt, soweit eine rechtliche Verpflichtung des Staates festgestellt wird, den Patronatsbesitz für Ersatzbeschaffungen von Gloden, die mit Hilfe in Glodenbeschaffungsverbandes erfolgen, in Aussicht zu stellen. Anträge auf Bewilligung solcher Beiträge für Kirchenglocken in auf anderem Wege beschafft werden sollen, bedürfen der Genehmigung des Unterrichtsministers.

Die Staatsanwaltschaft Limburg teilt mit, daß die in der gestrigen Nr. 21. veröffentlichte Notiz „Gericht und Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch“, soweit sie die Staatsanwaltschaft Limburg betrafte, unrichtig sei. Die Notiz stammt aus Frankfurt und hatte die Kunde durch die dortigen Tagesblätter gemacht. Wir hatten natürlich keinen Grund, ihren sachlichen Inhalt anzuzweifeln.

Briefkasten.

Auf mehrere Anfragen. Die in Nr. 239 (Freitag, den 15. Oktober) auf der dritten Seite des „Limburger Anzeiger“ erschienene, mit Bibelsätzen ausgestattete Abhandlung: „Evangelium vom Reich“ war ein Inserat, das ein auswärtiger, anscheinend einer religiösen Sekte angehöriger Herr gegen Bezahlung aufnehmen ließ. Ein Grund, das Inserat abzulehnen, lag seitens unseres Verlags natürlich nicht vor.

„Grollmann, geh zu Romteß Beate. Ich lasse bitten um die Schlüssel zu den Zimmern meiner Frau.“ sagte er. Grollmann ging zu Romteß Beate. Sie hatte sich auch schon in ihre Zimmer im zweiten Stock zurückgezogen, war aber noch nicht zur Ruhe gegangen.

Als ihr Grollmann ausgerichtet hatte, was ihm sein Herr aufgetragen hatte, ließ sie sie zusammen.

„Wie? Die Schlüssel zu den Zimmern der Gräfin?“ fragte sie mit heiserer Stimme.

„Ja, gnädigste Romteß“, erwiderte Grollmann. „Was will der Graf damit?“ stieß sie heftig hervor.

„Ich weiß es nicht. Vermutlich will der Herr Graf die Zimmer betreten.“

Die Romteß sagte sich. Sie zwang sogar ein Lächeln in ihr Gesicht.

„Nun — warum soll er es schließlich nicht tun, Grollmann. Warten Sie einen Augenblick, ich gebe Ihnen die Schlüssel.“

Grollmann wartete.

„Der Herr Graf kann die Zimmer ruhig betreten, er braucht sich nicht zu scheuen“, sagte er überzeugt.

Die Romteß nickte, während sie zu ihrem Schlüsselbund ging, der auf dem Nachtschrank am Fenster stand. „Da haben Sie recht, Grollmann. Hier sind die Schlüssel.“

„Danke, Romteß.“

„Aber hören Sie, Grollmann, falls der Herr Graf heute abend noch in die Zimmer gehen will, bitten Sie ihn doch, er möge darauf achten, daß Fenster und Türen gut verschlossen sind. Bei dem Sturmwind könnten sie aufspringen und — die Diensthofen sind so schreckhaft — man muß sie nicht ängstlich machen.“

„Sehr wohl, gnädigste Romteß, ich will es ausrichten.“ Romteß dankte ihm alles.

Damit verneigte sich Grollmann und ging.

Die Romteß schloß hinter ihm die Tür und sie schob den Riegel vor und drehte den Schlüssel herum. Und dann stand sie und lauschte hinaus. Der Sturm hatte jetzt etwas nachgelassen und sie hörte unten Türen öffnen und schließen — die Türen von den Gemächern der Gräfin.

(Fortsetzung folgt.)

Grifeldis.

Roman von H. Courths-Mahler.

11) (Nachdruck verboten.)

Ob die Herren vom Gericht auch gründlich genug nach einem Behälter geforscht hatten? Wie, wenn er einen solchen noch irgendwo in den Sachen seiner Frau auffand? Dann hätte er doch einen Beweis dafür, daß seine Gattin durch Selbstmord geendet hatte.

Er kann und kann.

Auch jenen Tag rief er sich ins Gedächtnis zurück, an dem er seiner Frau, keinem Freunde, Baron Dalheim, und Beate das Gläschen gezeigt hatte. Er hatte vorher von Indien erzählt und dabei das Gläschen erwähnt. Da wollten die drei Zuhörer es sehen. Er war in sein Zimmer gegangen und hatte es geholt. Alle waren davon entzückt gewesen und seine Frau hatte ihm gebeten, das Gläschen zu entleeren und es ihr zu schenken. Aber er hatte es ihr abgeschlagen, er sei zu besorgt, Spuren des Giftes könnten auch an der Fassung haften, und es könne ein Unheil entstehen, wenn es jemand anfasse, der eine Verleumdung am Finger habe.

Baron Dalheim hatte gelacht.

„Es ist sicher nichts weiter als Zunderwasser mit etwas Opium. Der Verkäufer hat dir das Gläschen interessiert machen wollen“, hatte er gesagt.

Und seine Gattin hatte dieselbe Ansicht vertreten und hatte gelächelt, weil er ihre Bitte abschlug. Nur Beate war still gewesen. Sie hatte ja damals mit angesehen, wie er den Jagdhund mit dem Gift tötete.

So deutlich erinnerte sich Graf Harro jenes Abends. Sie hatten alle drüben in Salon seiner Frau gesessen. Und gleich nachdem er das Gläschen herumgelegt hatte, war er wieder in sein Arbeitszimmer gegangen, um das Gläschen fortzuschleichen.

Und als er zurückkam, sah Alice überaus, weil ihr ein Wunsch verlagert war, in einem Sessel, und Baron Dalheim empfahl sich. Beate aber war nicht mehr dagewesen, sie war häuslichen Geschäften nachgegangen.

Als Dalheim fort war, hatte ihr Alice eine Szene gemacht wegen des verweigerten Gläschens.

Wie gut, daß er trotzdem jetzt geliebt war. Hätte er es ihr ausgeliefert, hätte er jetzt denken müssen, es seien Giftspuren darin geblieben, die den Tod seiner Frau verursacht hätten. So brauchte er sich wenigstens nicht einmal den Vorwurf der Fahrlässigkeit zu machen.

Wieder sah er auf ihr Bild hernieder. So jung und so schön hatte sie sterben müssen. Ihr Tod hatte allen Jörn und Groll in seiner Seele ausgelöscht. Er wollte vergessen, wie sehr sie ihn gekränkt und beleidigt, vergessen, daß sie seine Ehre mit Füßen getreten hatte. Sie hatte gelacht und mochte in Frieden schlafen.

Er aber ging nun wieder unruhig auf und ab und grubelte, wie er schon all die Wochen in seiner Unternehmungshaft jageubelt hatte, wie seine Frau gestorben sein mochte.

Und er konnte fast nicht mehr zweifeln, daß sie aus einem ihm unbekannten Grunde Selbstmord verübt hatte. Anders konnte es nicht sein. Und wenn, dann kam seine Unschuld nie ans Licht. Die Toten schweigen. Seine Unschuld konnte höchstens bewiesen werden, wenn ein anderer Mensch den Mord begangen hätte, und wenn dieser andere überführt werden konnte. Sonst blieb er gebrauchsmäßig bis an sein Ende.

Und seine Tochter war dann die Tochter eines Erbsen.

Er borg den Kopf in die Hände und stöhnte tief auf. Aber dann richtete er sich auf. Vielleicht fand er doch in den Zimmern seiner Frau irgendeinen Anhalt, einen Beweis, daß sie Selbstmord verübt hatte. Er wollte jedenfalls alles durchsuchen, jedes Kästchen, jedes Winkelchen. Seine Augen würden scharfer blicken, als die der Herren vom Gericht, denn diese suchten nur die Spuren eines Mörders, er aber würde Spuren seiner Unschuld suchen. Ohne zu zögern, gleich heute abend noch, wollte er beginnen. Denn Schlaf fand er doch nicht in dieser Nacht. Die Unruhe im Herzen und der Sturm draußen im Freien ließen ihn sicher den Schlaf von seinen Lidern.

Schnell ging er hinaus.

Aber die Zimmer seiner Gemahlin waren verlassen.

Da kehrte er in seine Gemächer zurück und klingelte seinem Diener.

Kunkel, 16. Oktober. Der Plan zur Errichtung einer überirdischen Telegrafenlinie zwischen Schupbach-Wirsdau und nach dem Bahnhof Christianshütte liegt bei dem Postamt in Kunkel vom 18. Oktober 1920 ab vier Wochen aus. Etwasige Einsprüche sind binnen vier Wochen beim Postamt in Kunkel geltend zu machen.

Griesheim, 18. Okt. Bei einer Zugrevolte in Griesheim stellten Eisenbahner fest, daß zahlreiche Arbeiter mit Wochenskarten 4. Klasse in der dritten Wagenklasse fuhren. Die Arbeiter setzten ihrer Entfernung aus der falschen Wagenklasse Widerstand entgegen und schlugen auf die Beamten ein. Erst dem Eingreifen der französischen Besatzungstruppen gelang es, die Beamten aus den Händen der Arbeiter zu befreien und die Haupttrüffelsführer zu verhaften. Auch der Fahrdienstleiter mußte vor den Tumultuanten durch die Franzosen geschützt werden, die schließlich mit Bajonetten und geladenen Gewehren gegen die Menge vorgehen mußten.

Schwanheim, 18. Okt. Ein „schwerer“ Verlust. Auf dem Hofgut Goldstein wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag mittels Brecheisens eine 60 Zentimeter starke Mauer durchbrochen und vier fette Schweine gestohlen. Die Diebe brachten diese nach einem bei dem Hofe befindlichen Zumpfe und schlachteten sie dort ab. Obwohl der Hofhund mißtraute, gab man kein Gehör, weil derselbe bei jeder Kleinigkeit bellt.

Bingen, 17. Okt. (Die teure Hindenburgbrücke.) Die schärfste erwartete Freigabe der Hindenburgbrücke zwischen Saarlouis und Griesheim hat allen Interessenten eine recht herbe Enttäuschung gebracht. Man glaubte allgemein an einen „freien“ Verkehr, muß aber jetzt die Wahrnehmung machen, daß das Parkieren der stolzen Brücke ein recht kostspieliges Vergnügen bedeutet. Die Gebührenfolge sehen vor: Für Kraftfahrzeuge 30 Mark; für Fuhrwerke mit Beispannung 20 Mark, für ein Stück Großvieh 5 Mark, für Kleinvieh 3 Mark, und für Fahrräder und Handwagen 2 Mark. — Angesichts dieser Gebührenfolge muß man sich tatsächlich fragen, ob die beteiligten Jäger die Verbindung der beiden Rheinufer als ein Verkehrsmittel oder eine Abgabenquelle ansehen. Ob die Eisenbahnverwaltung glaubt, auf diese Weise ihre Milliardenfazit zu decken?

Neckheim a. d. B., 15. Oktober. Zwei Schulkinder, welche zum Drahtseilgänger Funtendacht benutzten, kamen dabei zu Hochspannung zu nahe. Während der eine mit erheblichen Verwundungen davonkam, mußte der Sohn des Fabrikarbeiters Ernst Schmidt sein Spiel mit dem Tode bezahlen.

Bamberg, 17. Okt. (M.B.) In einem hiesigen Gasthaus wurden ein Mann, eine Frau und ein Mädchen tot aufgefunden. Es handelt sich um den Elektrotechniker Johann Kied aus Radesheim, die Buchdruckerfrau Gertrud Fuchs aus dort und deren vierjähriges Töchterchen Elisabeth. Die Seichsalkommission stellte Tod durch Vergiftung fest. Bei den Toten fand man keinerlei Bausmittel.

Cäsar Flaischlen †.

Snadeisheim i. B., 17. Okt. (M.B.) Der Dichter Cäsar Flaischlen ist gestern nach kurzer Krankheit gestorben.

Das Sterben wird billiger. In Stuttgart ist eine Sargverkaufsgenossenschaft gegründet worden, mit der in Stadt in einem Vertragsverhältnis steht. Man hat schon erzielt, daß die Sargpreise um 20 Prozent herabgesetzt werden konnten. Die Stuttgarter sind der Stadtverwaltung natürlich von Herzen dankbar dafür, daß ihnen bei der allgemeinen Feuerung wenigstens das Sterben zu einem ermäßigten Preise ermöglicht wird. Man wird nicht sehr schnell in der Annahme, daß die Stuttgarter es vorgezogen haben würden, wenn mit dem Preisabbau anderswo begonnen worden wäre.

Nicht jede Maus, die wir im Herbst im Garten sehen, muß ein schädlicher Nager sein, der zu vernichten ist. Vielmehr stellt sich oft die Spitzmaus ein, die als Insektenfresser und Nagerjäger uns sehr nützlich ist. Sie ist kleiner als die gewöhnliche Maus, und wenn sie sich auf den ersten Blick aus nur wenig von ihr unterscheidet, so läßt doch die schmale, spitzartige Schnauze sie sofort erkennen. Die Spitzmäuse sind die grünlängsten Raubtiere und gefräßigsten Tiere der Welt und richten unter den Tieren, die sie bewältigen können, erhebliche Verheerungen an, da ihr unersättlicher Heißhunger sie nie ruhen läßt. Da sich ihre Jagd fast ausschließlich auf kleine Insekten und deren Larven oder Raupen erstreckt, so sollen sie nach Möglichkeit geschont werden.

Beseitigung des italienischen Erdbebenkreises. Die Schweizerische Meteorologische Zentralanstalt in Zürich konnte unmittelbar nach dem ersten Ausbruch einer Apparate mit unfehlbarer Sicherheit feststellen, daß sich die von dem jüngsten Erdbeben betroffenen Gegenden in Italien befanden, und zwar deshalb, weil diese Gegenden, wenn sie italienischen Ursprungs sind, von einer Abfolge, durch den Durchgang quer durch die Alpen bedingter Abfolge der ersten Wellen charakterisiert sind. Im Grund bestehender Abmachungen benachrichtigte das Institut sofort die internationale Gesellschaft des Roten Kreuzes in Genf, was diese instand setzte, dem italienischen Rotes Kreuz unverzüglich ein telegraphisches Hilfsangebot zu machen. Dank der Schnelligkeit der Benachrichtigung kam man an, als man in Italien die Katastrophe in ihrer vollen Schwere noch gar nicht kannte. Die Apparate des Instituts registrierten im ganzen neunzehn Erschütterungen. Die regelmäßige Folge und die stetige Abkühlung dieser Erschütterungen erbringen den Beweis, daß für den Augenblick die gewöhnliche Spannung der Erdkruste ihr Ende erreicht hat. Wenn man aber den chronologischen und geographischen Weg der Erdbeben, die Italien in den letzten Jahren heimgesucht haben, verfolgt — Sizilien und Neapel 1919, 1907, 1903, Mittelitalien (Neapel) 1915, Neapel 1919, und endlich das jüngste Beben von Messina — so kann man einwandfrei feststellen, daß der seismische Vorgang allmählich nach Norden ausbreitet, so daß man erwarten darf, daß von der Hand weisen kann, ob ein zukünftiges, bedeutenderes Erdbeben sich nicht in weiterer Entfernung von der Richtung ereignen wird, in Gebieten, die großen Beben an der ligurischen Küste im Jahre 1887 verschont geblieben sind. Auch die Bewegungen der tellurischen Bewegung, die man in der letzten Zeit gemacht hat, bieten im kleinen das Beispiel von ähnlichen Beben, die in einer bestimmten Richtung wandern.

Teuflische Bergleute auf Spitzbergen. Vor kurzem sind achtzig deutsche Bergleute aus Buer und Gladbach auf Veranlassung einer holländischen Firma, die das Bergbauverbot auf einer der Inseln Spitzbergens befreit,

im Frühjahr 1919 dorthin aufgedrungen waren und den Abbau der reichen Kohlenflöze Spitzbergens in Angriff genommen haben, in ihre westfälische Heimat zurückgekehrt. Die Bergleute waren seinerzeit nach einer Reihe von fünf Wochen, die von Holland aus auf mehreren, mit Wohnbaracken, Vieh, Maschinen, Werkzeug, Kleinbahnmaterial und Holz beladenen Schiffen angetreten waren, nach der Insel gekommen, hatten sich dort Unterluftraume geschaffen und die Kohlenförderung in Gang gebracht. Die Kohlen liegen dort offen zutage; ein Abtaufen von Schächten war nicht erforderlich. Unermüdlich scheinen die Vorkommen an schwarzen Diamanten zu sein, ihre Mächtigkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Die Kohle, die in Förderungen mit Pferdebetrieb zu den Schiffen abtransportiert wurde, ist gute feste Stückkohle. Die Arbeitszeit betrug täglich acht Stunden. Die Verpflegung bestand in Fleisch, Konservenfleisch, Entenbraten. Lelebstoff gab es reichlich; jedes anliegende fremde Schiff brachte Bücher, Zeitungen usw. Die Entlohnung betrug 70 Mark pro Tag, die Entschädigung der zurückgebliebenen Familien in Westfalen 57 Mark pro Tag. Manche Bergleute brachten Ersparnisse bis zu 20 000 Mark nach Hause. Schwierigkeiten bereitete das Klima. Der Winter ist dort eine einzige ununterbrochene eiserne Nacht; es konnte nur in den Sommermonaten gearbeitet werden, in denen die Sonne überhaupt nie unterging. Die Bergleute haben im Sommer oft aus reiner Langeweile Ueberflachten gefahren. Manche Bergleute litten sehr unter Frost, der kleine Bläschen auf der Haut erzeugte. Die zurückgekehrten Bergleute sind guter Stimmung und wollen die Spitzbergenexpedition des nächsten Jahres wieder mitmachen.

Sport.

Fußball. Vergangenen Sonntag spielte B. f. R. (1907) Limburg zweite Mannschaft gegen Sportverein Ems zweite Mannschaft. Limburg hatte in der ersten Halbzeit gegen den starken Wind zu kämpfen, so daß es Ems gelang, zwei Tore zu treten, obwohl Limburg technisch überlegen spielte und das Ems' Tor fast bedrängte. Halbzeit 2:1 für Ems. In der zweiten Halbzeit lag Limburg, ganz vor dem Ems' Tor und konnte rasch auf einander sechs Tore treten. Spielstand 7:2 Tore für B. f. R. (07). Somit hat B. f. R. 1907 Limburg zweite Mannschaft seine drei Verbandsspiele gewonnen und zwar: gegen Sportverein Ems 2. (3:2), gegen Nassau 2. (4:1) und gegen Ems 2. (7:2), so daß die Mannschaft mit den besten Hoffnungen die weiteren Spiele erwarten kann. — Das Spiel B. f. R. 07 Limburg erste Mannschaft gegen Sportverein Bad Ems erste Mannschaft fiel aus. — Die erste Jugendmannschaft hat auswärts die Farben des B. f. R. 07, siegreich vertreten. In einem äußerst spannenden Kampfe zwang sie die erste Jugendmannschaft des Fußballklubs Engers mit 3:1 nieder. Bis acht Minuten vor Schluß stand das Spiel noch 1:1 (Halbzeit 0:0).

Amtlicher Teil.

(Nr. 242 vom 19. Oktober 1920.)

Bekanntmachung.

Feldbeschütze, Schleichhandel und Wucher haben in der letzten Zeit im Kreise derart zugenommen, daß die Bekämpfung dieser Auswüchse durch die Landjäger und Polizeibeamten allein nicht mehr ausreicht. Nach einer Einigung mit dem Herrn Landrat in Weiburg über die gleichmäßige Bekämpfung von Schleichhandel und Wucher in den Kreisen Oberlahn und Limburg habe ich nunmehr auch für den Kreis Limburg zur Unterstützung der Polizeibehörden und der Landjäger Sicherheitspolizei herangezogen, die im Kreise Weiburg und in einigen angrenzenden Gemeinden des Kreises Limburg seit Wochen mit großem Erfolge tätig ist. Die in Kunkel, Obertiefenbach u. Niedertiefenbach unter Führung eines Oberwachmeisters stationierten Kommandos der staatlichen Sicherheitspolizei Nassau, Abteilung von Buch, werden ihre polizeiliche Tätigkeit im südlichen Teil des Kreises Limburg ausüben. Ein weiteres Kommando wird im nördlichen Teile des Kreises untergebracht werden und von da aus die Ueberwachung übernehmen.

Die Polizeimannschaften sind mit allen Befugnissen von Polizeibeamten ausgestattet und ausdrücklich angewiesen, rücksichtslos gegen alle Uebertretungen der oben bezeichneten Art einzuschreiten. Den Anordnungen der Beamten ist Folge zu leisten. Bei Widerstand sind die Beamten befugt, nötigenfalls von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Ich bringe dies hiermit zur allgemeinen Kenntnis und ersuche die Ortspolizeibehörden und Herren Landjäger, die Beamten der Sicherheitspolizei bei der Ausübung ihres Dienstes zu unterstützen.

Für das Bekanntwerden der Tätigkeit der Sicherheitspolizei im Kreise wollen die Herren Bürgermeister Sorge tragen.

Limburg, den 11. Oktober 1920.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Dietkirchen ist erloschen. Die angeordnete Sperre ist aufgehoben.

Limburg, den 14. Oktober 1920.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Waldmannshausen ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.

Limburg, den 14. Oktober 1920.

Der Landrat.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich, mit Bezug auf meine Verfügung vom 8. August 1904, I. 11775 — Kreisblatt Nr. 179 — um Vorlage der **Katasterblätter der gewerblichen Anlagen bestimmt bis 25. d. Mts.** Ich erwarte, daß die Katasterblätter vollständig und ordnungsmäßig ausgefüllt hier eingegeben, damit Rückfragen vermieden werden. Insbesondere ist die Zahl der in den einzelnen gewerblichen Anlagen beschäftigten Arbeiter anzugeben. Als gewerbliche Arbeiter sind auch die in den Betrieben beschäftigten entlassenen russischen Kriegsgefangenen ebenso wie die freien russisch-polnischen Arbeiter mitzuzählen.

Limburg, den 14. Oktober 1920.

Der Landrat.

Die Königlich Bulgarische Gesandtschaft hat angezeigt, daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zwischen Bulgarien und den Entente-Großmächten die **Gesandtschaft** nunmehr befugt ist, allen deutschen Staatsangehörigen, die infolge der Ereignisse im Herbst 1918 Bulgarien verlassen

mußten — insofern sie Familienangehörige haben, die sich in Bulgarien befinden oder dazulicht eine eigene Wohnung haben, oder auch Eigentümer von lautmännischen Firmen, Staatsangehörigen, welche in Bulgarien beschäftigt waren, das zu ihrer Rückreise erforderliche Passivum ohne vorherige Anfrage in Sofia zu erteilen.

Desgleichen bedarf es für eine Durchreise durch Bulgarien keiner besonderen Erlaubnis; in allen anderen Fällen wird es von der Prüfung der vorgewiesenen Belege abhängen, ob der Sichtvermerk ohne vorherige Anfrage gegeben werden kann, welche Einschränkung jedoch ganz ausschließlich durch die in den Städten des Königreiches herrschende Wohnungsnot auferlegt ist.

Ich ersuche, die Pass- und Sichtvermerkbehörden, für welche Ueberdrude beigefügt sind, entsprechend zu verständigen.

Berlin, den 20. September 1920.

Der Minister des Innern.

U. f. 3124.

Veröffentlicht.

Limburg, den 11. Oktober 1920.

Der Landrat.

Beschluß.

Auf Grund der §§ 39 und 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 wird hiermit für den Regierungsbezirk Wiesbaden die **Schonzeit für Rehlänge auf das ganze Jahr ausgedehnt** bezüglich der Rebhühner, Wachteln und schottischen Moorhühner verheißt es bei dem gesetzlichen Beginn der Schonzeit — 1. Dezember.

Wiesbaden, den 5. Oktober 1920.

Namens des Bezirksausschusses.

Der Vorsitzende.

In Vert.: Wittich.

B. A. 784/2/20.

An die Ortspolizeibehörden und Herren Landjäger des Kreises.

Die Klagen darüber, daß die zu niedrigen Abschätzungspreisen abgegebenen Heerespferde von den Erwerbern entgegen der Verpflichtungserklärung mit hohem Gewinn weiterverkauft werden, mehren sich. Die in der billigen Abgabe von Heerespferden liegende Vergünstigung für hilfsbedürftige Landwirte kann aber nur aufrecht erhalten werden, wenn auf genaueste Innehaltung der gegebenen Vorschriften hingewirkt wird. Ich ersuche, jeden bekannt werdenden Weiterverkauf von Heerespferden mit sofort mitzuteilen.

Limburg, den 14. Oktober 1920.

U. 3401.

Der Landrat.

Kriegsauszeichnungen usw. für Kriegsgefangene.

Die Kriegsgefangenen und Internierten sind nunmehr in der Mehrzahl in die Heimat zurückgekehrt. Entsprechend den Erlassen vom 25. Oktober 1919 (S. B. Bl. S. 255/56), Ziffer 2b und 21. November 1919 (S. B. Bl. S. 400 ff.) Ziffer 9, wird demzufolge bestimmt:

- 1) Der 1. Dezember 1920 gilt als Schlusstermin, bis zu dem diese in der Zeit vom 1. August 1919 bis Ende August 1920 zurückgekehrten Heeresangehörigen ihre Anträge spätestens stellen müssen auf Verleihung von:
- a. Kriegsauszeichnungen
- b. Dienstzeitabzeichen (Dienstauszeichnungskreuz, Dienstauszeichnung 3., 2., 1. Klasse, Landwehr-Dienstauszeichnung 1., 2. Klasse).
- 2) Die später, also nach Ende August 1920, noch heimkehrenden Kriegsgefangenen sind gehalten, die Anträge innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten nach der Rückkehr vorzubringen.
- 3) Die rechtzeitige Antragstellung liegt im eigenen Interesse der Bewerber; nicht fristgemäß eingereichte Anträge müssen grundsätzlich unberücksichtigt bleiben.
- 4) Soweit die Anträge noch nicht eingereicht sind, sind sie nunmehr zu stellen:

1. durch Heeresangehörige, die in die Reichswehr übernommen werden, beim Truppenteil;
2. sonst ausnahmslos beim Abwicklungsamt desjenigen früheren Armeekorps, in dem die Heimkehrer ihren Wohnsitz nehmen. Aus den Anträgen muß ersichtlich sein, Tag der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, jetziger Wohnsitz, letzter Feldtruppenteil. Ferner ist die Namhaftmachung ehemaliger Feldvorgesetzter erwünscht, die zur Beurteilung der Verdienste berufen sind. Anhörung dieser erfolgt durch die Dienststellen.
- 5) Die Verordnungsämter sind bei der Verleihung von Auszeichnungen nicht mehr beteiligt.

Der Vorstand (Unterschrift).

Vorstehende Verfügung des Reichswehrministeriums wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Die Herren Bürgermeister des Kreises werden ersucht, die Verfügung auch auf ordnungsmäßige Weise zu veröffentlichen.

Limburg, den 12. Oktober 1920.

Der Landrat. Schellen.

An die Herren Ortsgerichtsvorsteher des Kreises. Die Bearbeitung der Grunderwerbsteuer-Anträge ist mit dem 1. Oktober d. Js. an das hiesige Finanzamt übergegangen. Die abgeschlossenen Kaufverträge etc. sind mit den Anträgen auf Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 24 des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. September 1919 in der Folge direkt an das Finanzamt in Limburg zu leiten.

Limburg, den 16. Oktober 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

N. A. 3003.

Diejenigen Ortspolizeibehörden des Kreises,

in deren Bezirk Dreschmaschinen arbeiten, werden an die bezüglichen Vorschriften der Regierungs-Verordnung vom 22. Mai 1896 (Regierungs-Verordnungsblatt Seite 184/188 — Kreisblatt Nr. 198 und 199 von 1912 —) erinnert. Jede Dreschmaschine ist am ersten Tage ihres Betriebes auf Vollständigkeit ihrer Einrichtung und Ausstattung nach der angeordneten Polizeiverordnung besonders prüfen zu lassen. Sobald irgendwelche Anstände gefunden werden, welche eine Gefahr für die Arbeiter oder sonstige Personen bedingen oder auch nur besorgen lassen, ist neben der Straffestsetzung die sofortige Herstellung vorchriftsmäßiger Zustände **unverzüglich anzuordnen** und, falls dies erfolglos bleiben sollte, der Betrieb solange zu untersagen und nötigenfalls zwangsweise zu verhindern, bis der gefährdende Anstand beseitigt ist.

Die Polizeibeamten sind mit den erwähnten Vorschriften nochmals besonders bekannt zu machen und anzuweisen, die Dreschmaschinenbetriebe ständig zu überwachen.

Limburg, den 8. Oktober 1920.

Der Landrat: Schellen.

Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, unsere liebe, gute Mutter, Großmutter und Schwiegermutter, Frau

Johannette Engelhardt

heute, im 78. Lebensjahre, nach kurzem, schwerem Leiden zu sich zu rufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

In deren Namen:

Fr. Engelhardt.

Limburg, Hösch, Altdorn, Grünert, den 18. Oktober 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr vom Sterbhaus, Holzheimerstraße 20, aus statt. 6(242)

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen

Frau Anna Maria Steinborn Ww.

sowie für die trostreichen Worte des Herrn Dejan Obenaus und für die vielen Kranzspenden sagt herzlichsten Dank

im Namen aller Anverwandten:

Familie Heinrich Scheid.

5(242)

Auftr. III Nr. 4.

Limburg, den 18. Oktober 1920.

Ausgabe von Kindernährmitteln.

Mittwoch den 20. Oktober d. Js., nachmittags von 2-4 Uhr in der Hospitalschule (Klasse 2) Ausgabe von Nährmitteln für alle nach dem 1. September 1917 geborenen Kinder.

Auf den Kopf wird für 875 M. ausgegeben. 9(242)

Limburg, den 18. Oktober 1920.

Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Ausgabe der Brodbücher für die Zeit vom 25. 10. bis 21. 11. 20.

Die Ausgabe der Brodbücher findet in der Wernerienerschule (Wernerienerschule) am Mittwoch, den 20. Oktober d. Js., in der Zeit von 1-5 Uhr nachm. statt. Karten werden nur an erwachsenen Personen ausgegeben und nur gegen Vorzeigung der alten Brodbücherabschnitte. Es wird dringend gebeten, den Ausgabetermin genau einzuhalten, da das nachträgliche Ausgeben diesfällige Schwierigkeiten verursacht.

Limburg, den 18. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Betr. Aufnahme der Wandergewerbebescheinigungen für 1921.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß diejenigen Personen, die im Laufe des Kalenderjahres 1921 ein Gewerbe im Umherziehen betreiben wollen, sich unverzüglich und zwar spätestens bis Ende Oktober d. Js. bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes wegen Erteilung des erforderlichen Wandergewerbebescheines zu melden haben.

Nur bei Einhaltung dieses Termins können die Hausiergewerbetreibenden mit Sicherheit damit rechnen, daß die von ihnen beantragten Wandergewerbe bezw. Gewerbebescheine bis spätestens zum 1. Januar des folgenden Kalenderjahres bei der Stadtkasse zur Einlösung bereit liegen, während bei späterer Antragstellung infolge der großen Menge der anzufertigenden Scheine die Fertigstellung derselben bis zu dem gedachten Termin sich erfahrungsgemäß nicht ermöglichen läßt.

Da der Gewerbebetrieb nicht eher begonnen werden darf, als bis der Gewerbetreibende im Besitze des Wandergewerbebescheines ist, so liegt die Einhaltung des Termins im eigenen Interesse der Gewerbetreibenden.

Hinsichtlich derjenigen Hausierer, die erst am Schlusse des Jahres in ihrem Wohnort eintreffen, aber das Hausiergewerbe voranschreitend im folgenden Jahre wieder betreiben werden, ist Vorlage zu treffen, daß die fraglichen Anträge von deren Angehörigen im Wohnort gestellt werden.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Bescheinigung über die Stellung des Antrages auf Erteilung des Wandergewerbebescheines und dergleichen, die den Gewerbetreibenden dazu verleiten könnte einseitig bis Erhalt des Wandergewerbebescheines dem Gewerbe im Umherziehen nachzugehen, nicht erteilt wird. Vor Einlösung des Scheines darf der Hausierhandel nicht betrieben werden. 8(241)

Limburg, den 16. Oktober 1920.

Die Polizeibehörde.

Limburger Männer-Gesang-Verein.

Sonntag, den 24. Oktober 1920, nachmittags 3.30 und abends 8 Uhr in der Turnhalle:

Grosses Konzert

unter Mitwirkung von

Frau E. Wocke-Dowerk von der Kölner Oper, Sopran.
Herrn Karl Steuernagel, Limburg a. d. Lahn, Klavier.

Preise der Eintrittskarten für Nichtmitglieder an der Kasse und im Vorverkauf einschließl. Steuer:

Nachmittags-Konzert: Sitzplatz 3 M., Stehplatz 1.50 M., Schüler 1 M.
Abend-Konzert: Sperrsitz 5 M., 1. Platz (num.) 3 M., Stehplatz 1.50 M.
Vorverkauf von Montag ab in der Buchhandlung A. Herz (Ad. Heinrich) bei dem Vorsitzenden des Vereins Herrn Fr. Hahn, Diezerstrasse 24 und bei dem Friseur A. Jost, Obere Schiede. 23(240)

Programm mit Liedertexten an der Kasse.

Die Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen haben nur zu dem Nachmittags-Konzert freien Zutritt und sind die Freikarten bis Sonntag, den 24. Oktober, vormittags 12 Uhr bei dem Vorsitzenden des Vereins Herrn FRANZ HAHN, Diezerstrasse 24, abzuholen.

In das Handelsregister Abt. A ist unter Nr. 208 die Firma **Egid Kurtenbach** und als deren Inhaber der Kaufmann **Egid Kurtenbach** zu Limburg a. L. eingetragen worden.

Limburg, den 18. September 1920.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister Abt. B Nr. 37 ist bei der **Deutschen Phosphorit-Gewinnungsgesellschaft m. b. H.** in Berlin — Zweigniederlassung in Limburg a. L. — eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 11. Juni 1920 ist der Gesellschaftsvertrag geändert in §§ 3, 6 Abs. 1, 9 Abs. 1, 11 bis mit 20 und durch Streichung der §§ 21 und 22. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt: Die Förderung aller Maßnahmen zur Versorgung des Wirtschaftslebens mit Phosphorsäure, insbesondere die Ausbeutung von Phosphoritvorkommen. Direktor Walter Ostermann und Diplom-Bergingenieur Hans Schmichen sind nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann **Noderich Dieck** in **Weilburg a. L.** ist zum Geschäftsführer bestellt.

Limburg, den 17. September 1920

4(242)

Das Amtsgericht.

Fuhrwerksbesitzer Limburgs und Umgebung.

Donnerstag abend 8 Uhr im Restaurant **Stahlheber**, Diezerstraße:

Besprechung zwecks Hafertlieferung.

Hierzu werden alle Fuhrwerksbesitzer dringend eingeladen. 10(242)

Der Einberufer.

la. Brenntorf,

bezugschneisfrei,

mehrere Waggons eingetroffen

8(242)

Aloys Ant. Hils.

Fernruf 42.

Piassavabesen, Reiserbesen, Kokosbesen, Rosshaarbesen, Handfeger, Kokosmatten, prima Scheuertücher Fensterleder, Schwämme, Raffiabast, sowie sämtl. Bürstenwaren

in prima Friedensqualität, billigt

9(148)

J. Schupp, Seilerei

en gros

en detail

Fernruf 277. Limburg. Frankfurterstr. 15.

Deutsche Warte

Tageszeitung

für Lebens-, Wirtschafts- und Bodenreform

mit den Beilagen:

Land- und Hauswirtschaft — Gesundheitswarte — Jugendwarte — Der Sonntag — Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark

Berlin NW 6.

Visitkarten

werden sauber angefertigt in der

Druckerei des Kreisblattes.

Rasiermeller

erstkl. Ware. Handhohischliff, sowie alle

Rasierutensilien

finden Sie in grösser Auswahl bei

Max Müller

Limburg a. d. L. Bahnhofstr. 15.

Reinraffiger

Saunen-Ziegenbod

6 Monate alt (mit Stamm, bonum) zur Nachzucht zu verkaufen. 12(242)

Friedrich Klapp, Eiter.

Schönes

Damen-Sammelcape mit Pelztragen

zu verkaufen. 7(242)

Näheres in der Expd.

Bon gebildetem Herrn, Dipl.-Ingenieur, für ca. 3 Monate per sofort

1-2 gut möbl. Zimmer

am liebsten mit voller Pension gesucht.

Gef. Offerten mit Preis an Nr. 1(240) an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Besseres

Einfamilienhaus

sofort beziehbar, zu mieten o. zu kaufen gesucht.

Off. m. Preis unter Nr. 1(241) an die Expd. d. Bl.

Geld

zu verleihen. Keine Unkosten bei Ablehnung. R. BERGER, Berlin W. K. 1(212) Vertreter gesucht.

Kursbericht des „Limburger Anzeiger“ vom 18. Oktober 1920.

mitgeteilt nach den Notierungen der Frankfurter Börse von der Bank für Handel u. Industrie, Niederlassung Limburg.

	letzte Kurs	vorheriger Kurs
5% Kriegsschuldversch.	79,1/2	
5% Reichsschatzversch.	98,70	
5% Reichsschatzversch.	97,70	
4 1/2% Reichsschatzversch.	80,75	
4 1/2% Reichsschatzversch.	78,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	68,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	58,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	63,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	64,25	
4 1/2% Reichsschatzversch.	55,20	
4 1/2% Reichsschatzversch.	51,70	
4 1/2% Reichsschatzversch.	78,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	80,80	
4 1/2% Reichsschatzversch.	95,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	73,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	33,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	—	
4 1/2% Reichsschatzversch.	180,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	55,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	54,50	
4 1/2% Reichsschatzversch.	102,10	
4 1/2% Reichsschatzversch.	100,25	
4 1/2% Reichsschatzversch.	94,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	85,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	96,70	
4 1/2% Reichsschatzversch.	83,75	
4 1/2% Reichsschatzversch.	106,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	92,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	98,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	102,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	98,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	98,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	100,20	
4 1/2% Reichsschatzversch.	98,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	—	
4 1/2% Reichsschatzversch.	—	
4 1/2% Reichsschatzversch.	160,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	161,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	200,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	216,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	197,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	169,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	613,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	470,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	981,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	983,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	402,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	640,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	183,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	179,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	209,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	309,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	819,1/2	
4 1/2% Reichsschatzversch.	400,1/2	